

KOMPAKT

Demokratie

AKTIONSWOCHEN In München koordiniert die bei der Landeshauptstadt angesiedelte Fachstelle für Demokratie jedes Jahr im März »Internationale Wochen gegen Rassismus«. 2021 stehen sie unter dem Motto »100 % Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus«. Aus den Erfahrungen des Jahres 2020 mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie leitete sich die Erkenntnis der besonderen »Dringlichkeit einer gesamtgesellschaftlichen Debatte darüber ab, welche massive Bedrohung von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowohl für unmittelbar davon Betroffene und Angegriffene als auch für die Demokratie als Ganzes ausgeht«. Das diesjährige Programm versteht sich dabei ganz ausdrücklich als »Forum zur Stärkung der vielfältigen und solidarischen Stadtgesellschaft, zur Vernetzung demokratischer Einzelpersonen und Initiativen« sowie »zur Entwicklung von Strategien und Visionen für ein selbstverständlich buntes, plurales, gleichberechtigtes und noch demokratischeres München«. Die meisten der rund 85 Veranstaltungen sind coronabedingt online angelegt. Ausführliche Informationen sind im digitalen Programmheft unter www.muenchen.de/gegen-rassismus ersichtlich. Die jeweils aktuell gültigen Regelungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie findet man unter www.muenchen.de/corona. *ikg*



»Unsere Kapazität ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.« Der 31-jährige Mediziner arbeitet derzeit am Impfzentrum in Riem.

Sinti und Roma

GEDENKEN Zur Erinnerung an die Deportation der Münchner Sinti und Roma vor 78 Jahren in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau findet am Samstag, 13. März, eine Gedenkveranstaltung statt. Sie wird vom NS-Dokumentationszentrum organisiert und kann online auf der Internetseite www.nsdoku.de live mitverfolgt werden. Ab 18 Uhr werden die Namen der 131 ermordeten Münchner Sinti und Roma auf die Fassade des Dokumentationszentrums projiziert. In der um 19 Uhr beginnenden Gedenkveranstaltung wird Markus End vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin einen Vortrag zum Thema »Antiziganismus in der Bundesrepublik« halten. Die Zahl der ermordeten Kinder, Frauen und Männer ist bis heute nicht exakt zu bestimmen. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma geht von etwa 500.000 Opfern aus. Die wenigen überlebenden Sinti und Roma erfuhren nach dem Krieg weder eine Anerkennung als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, noch erhielten sie Entschädigungsleistungen. *ikg*

Versammlung

TERMIN Bereits zweimal musste die Mitgliederversammlung der Israelitischen Kultusgemeinde wegen der Corona-Pandemie verschoben werden. Als neuer Termin wurde Sonntag, der 21. März, festgelegt. Kurzfristige Änderungen sind jedoch möglich. *ikg*

Malen für die Gemeinschaft

INITIATIVE Der Arzt Grischa Judanin startete eine besondere Aktion in einem Impfzentrum – und mehr als 1000 Kinder beteiligten sich

VON HELMUT REISTER

Die Idee, die mehr als 1000 Kinder zu kleinen Künstlern machte, kam Grischa Judanin (31) auf der Fahrt zu seinem derzeitigen Arbeitsplatz. Er ist für die Stadt München im »Impfzentrum Riem« tätig. Die triste Stimmung, die der graue Zweckbau auf seine Besucher ausstrahlte, wollte ihm nicht mehr aus dem Kopf gehen. Doch ebendiese Atmosphäre ist dank Judanins Initiative inzwischen Vergangenheit.

Mit dem Sender »Radio Gong« fand der Mediziner auf Anhieb den richtigen Partner zur Umsetzung des ambitionierten Projekts. Sein Plan, das Impfzentrum von Kindern in ein Farbenmeer verwandeln zu lassen, stieß bei den Verantwortlichen sofort auf Begeisterung. Im Handumdrehen riefen sie alle zum Mitmachen auf.

MOTTO Wie stellt ihr euch die Zeit nach Corona vor? Dieses Motto war die einzige feste Vorgabe. Sie ließ den Kindern beim Malen große Freiheiten, die sie denn auch vollumfänglich nutzten. »Es ist wirklich unglaublich, welchen Ideenreichtum und welche Kreativität sie entwickelt haben«, freut sich Grischa Judanin über die bunten abwechslungsreichen Bilder. Trotz al-

lem kann er es kaum fassen, dass sich so viele von seiner Idee spontan angesprochen fühlten.

Zahlreiche Mitarbeiter des Impfzentrums waren ebenso wie er selbst als Gestalter und Dekorateure gefragt. Die langen schmucklosen und eintönigen Gänge, in denen die Besucher auf ihre Impfung warten, verwandelten sie mit den kleinen Kunstwerken in eine zum Teil futuristische, vor allem aber rundum bunte Bilderwelt. Am meisten freuen sich alle Beteiligten, dass ihr Anblick wirklich jedem ein Lächeln ins Gesicht zaubert.

Auch Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ist von der Initiative und der überschwänglichen Reaktion der Kleinen angetan. »In diesen schwierigen Zeiten ist dies wirklich ein tolles Zeichen, das die Kinder durch ihre Bilder setzen. Sie vermitteln dadurch ein Gefühl von Zusammengehörigkeit, aber auch Hoffnung und Zukunft«, beschreibt sie die Wirkung der Aktion, die Grischa Judanin ins Leben gerufen hat.

MEDIZINSTUDIUM Judanin ist Mitglied der Israelitischen Kultusgemeinde und fühlt sich als richtiges »Münchner Kindl«, auch wenn er in Moskau geboren wurde.

»Ich war noch ganz klein, als ich mit meiner Familie hierherkam, und habe meine ganze Kindheit und Jugend in München verbracht«, blickt er zurück. Dazu gehörte auch der Besuch des Kindergartens und der Sinai-Schule. Später folgte ein Medizinstudium.

Für den jungen Arzt war es eine »große Ehre«, seine Großmutter impfen zu dürfen.

Grischa Judanin war einer der ersten Ärzte, der nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie der Stadt seine Dienste anbot. Seine persönlichen Erfahrungen dürften dabei eine wichtige Rolle gespielt haben. Der Großvater seiner Frau war nur wenige Wochen vor der gemeinsamen Hochzeit an den Folgen einer Corona-Infektion gestorben. Und die Hochzeit selbst konnte wegen der starken Beschränkungen nur im kleinsten Familienkreis gefeiert werden.

Wie sein Dienst an den einzelnen Tagen jeweils aussieht, ob er im Impfzentrum

tätig ist oder außerhalb des Hauses eingesetzt wird – beispielsweise im Altenheim –, entscheidet sich jeweils bei einer Besprechung am Morgen.

Ein Impfeinsatz hat ihn emotional besonders tief bewegt. Die eigene Großmutter gehörte zu seinen »Kunden«. »Sie zu impfen, war für mich eine große Ehre«, sagt er.

ENGAGEMENT Judanin ist stolz darauf, Teil des Teams im Riemer Impfzentrum zu sein. »Es ist wirklich beeindruckend«, sagt er, »mit welchem Engagement nicht nur die Ärzte, sondern wirklich alle hier arbeiten.« Selbst Mediziner im Ruhestand stellten sich für den nicht ganz risikolosen Impfdienst zur Verfügung, erzählt Judanin.

Angesichts der nur relativ langsam steigenden Impffzahlen in Deutschland wirft Grischa Judanin einen »neidischen« Blick auf Israel, wo bereits ein großer Teil der Bevölkerung geimpft wurde. Auch wenn er mit Rücksicht auf den hohen bürokratischen Aufwand, der jede einzelne Impfung in Deutschland begleitet, seine Skepsis nicht ganz verbergen will, hofft er auf mehr Impfstoff. Und so lautet seine Bilanz: »Unsere Kapazität in Riem ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft.«

Keine Bühne den Rechtspopulisten

AFD Charlotte Knobloch zeigt sich enttäuscht, dass die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz vorerst ausgesetzt wird

Mit Enttäuschung hat Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom Freitag vergangener Woche reagiert, die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz vorerst auszusetzen.

Nur wenige Tage zuvor hatten mehrere Medien darüber berichtet, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall ansehe und beobachte. Diese Information, urteilten die Richter, hätte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen, da dadurch in unverantwortbarer Weise in die verfassungsrechtlich gewährleistete Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen worden sei.

Ob die Einschätzung der AfD als rechtsextremistisch zutreffend ist, soll in einem bereits laufenden Eilverfahren festgestellt werden. Bei der jetzt getroffenen Entscheidung habe eine Prüfung dieses

Sachverhalts keine Rolle gespielt, erklärte ein Sprecher des Verwaltungsgerichts. Für Charlotte Knobloch bleibt durch diese Aussage die Hoffnung bestehen, dass das Verwaltungsgericht das Überwachungs-

verbot am Ende doch kippen könnte. Die Einschätzung der AfD als rechtsextremistisch durch die Verfassungsschützer sei längst überfällig, erklärte sie. In dieser Klarheit hatte sie sich bereits vor zwei



Charlotte Knobloch (M.) spricht im Bayerischen Landtag.

Jahren aus Anlass des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Bayerischen Landtag geäußert. Die Vertreter der AfD-Fraktion hatten dort für einen Eklat gesorgt, als sie während der Rede unter Protest den Saal verließen. Zuvor hatte ihnen Charlotte Knobloch nicht nur eine Verharmlosung der NS-Verbrechen vorgeworfen, sondern darüber hinaus auf die engen Verbindungen ins rechtsextreme Milieu hingewiesen.

Sowohl Bayerns Ministerpräsident Markus Söder als auch Landtagspräsidentin Ilse Aigner bezeichneten die Reaktion der AfD als respektlos. Zustimmung für ihre mutigen Worte bekam Knobloch quer durch alle anderen Fraktionen.

Die IKG-Präsidentin hat jetzt, zwei Jahre später, keinen Grund, ihre Einschätzung von damals zu korrigieren. »In welchem Ausmaß die AfD rechtsextremen Bestrebungen ein Forum bietet«, beurteilt sie die aktuelle Situation, »hat sich

zuletzt zum Beispiel an der Verquickung mit den »Querdenkern« gezeigt, die mit wüsten Verschwörungstheorien bis hin zur Verharmlosung des Holocaust aufgefallen sind. Eine Partei, die Maßnahmen zum Infektionsschutz als »Ermächtigungsgesetz« bezeichnet, hat in einem Parlament nichts verloren.«

Das rechtsextremistische Grundrauschen der AfD und ihres »Fanklubs«, von dem auch die Verfassungsschützer ausgehen, hat Charlotte Knobloch bereits nach ihrer Rede vor zwei Jahren durch Beschimpfungen, Beleidigungen, Hass und Drohungen auf allen möglichen Ebenen erlebt. Mehr Sorge bereitet ihr die zunehmende Empfänglichkeit für rechtes Gedankengut, Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in Teilen der gesellschaftlichen Mitte: »Ich hoffe, dass die Wähler in diesem Superwahljahr eine klare Botschaft senden und der AfD in unseren Parlamenten keine Bühne mehr geben.« *hr*